

Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMF-310205/0083-GS/VB/2019

Wien, 3. Juli 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die an meinem Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3457/J vom 3. Mai 2019 der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.a bis d.:

Ein konsequentes Verfolgen der mittel- bis langfristigen Klima- und Energieziele macht Preisanreize für ökologisch vorteilhaftes Verhalten bzw. Investitionen in die entsprechende Infrastruktur sowie auch ein klares CO₂-Preissignal notwendig. Ein europaweit einheitliches Vorgehen zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen wird angestrebt.

Eine – im europäischen Gleichklang beschlossene – CO₂-Steuer wäre dabei eine Möglichkeit, die Erreichung der EU-Klima- und Energieziele zu unterstützen. Mit dem europäischen CO₂-Emissionshandel, dem wesentliche Teile der Industrie und Energiewirtschaft unterliegen, werden diese Ziele bereits effektiv verfolgt.

Österreich erhebt bereits Steuern auf Energieprodukte, die zum Teil deutlich über den Mindeststeuersätzen nach EU-Recht liegen. Eine effektivere Abstimmung der europäischen Mindeststeuersätze, unter Bedachtnahme auf die jeweils spezifischen CO₂-Emissionen der

einzelnen Energieträger, wäre jedenfalls wünschenswert. Die jeweilige Höhe müsste so gewählt werden, dass deutliche Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energieträger bzw. Technologien zur Energieeinsparung entsprechend den Zielsetzungen der Europäischen Union im Klima- und Energiebereich bewirkt werden. Soziale Aspekte sowie auch Fragen der Wettbewerbsfähigkeit wären dabei zu berücksichtigen. Steuerliche Anreizinstrumente stellen eine sinnvolle Ergänzung des Instrumenten-Mix in der Klima- und Energiepolitik dar und können eine kosteneffiziente Zielerreichung ermöglichen.

Da die unilateralen Handlungsmöglichkeiten für ein kleines – vom Außenhandel abhängiges – Land sehr beschränkt sind, setzt sich Österreich bei der Europäischen Kommission und in den EU Gremien für eine weitergehende Harmonisierung von Energie- und CO₂-Abgaben ein.

Der Bundesminister:

Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA

Elektronisch gefertigt

